

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1921

161. Jahrgang.

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich M. 6.—, für Abnehmer M. 4.90, durch auswärtige Posten 5.50 M. monatlich; bei Postbestellung monatlich M. 6.— frei Haus. **Erscheinung** wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 25 Pf. **Postfach-Konto** Leipzig 16 654. **Geschäftsstelle** Dölberstraße 4. Für mehrere Bezuhler wird keine Gebühr gefordert.

Anzeigenpreis Der Tagz. Mittw. Spatium 30 Wk. und der Nachz. Mittw. Spatium 10 Wk. 1.—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezuhler auf seine Anzeigen in Zahlung genommen. **Ristergebühr** 50 Wk. Porto besonders. **Norm** Anzeigenstück 11 Lbr. vorm. **Reiniger** 100. **Erfüllungsort** Merseburg. **Belegnummer** wird berechnet.

Tageschronik

Ein amerikanischer Gegenvorschlag über die deutschen Zahlungen.
Amerika sperrt den Alliierten den Kredit.
Die amerikanische Geschäftswelt für eine Unterbrechung Deutschlands?
Die deutsche Regierung nimmt die Einladung nach London an.
Keine prinzipielle Festlegung des „Unannehmlich“ in Berlin.
Die Verhandlungen zur Vorbereitung der Regierungsabfertigung einer Demission Briands.
Marschall Blücher in Paris.
Letzte Geplänkel des preussischen Kabinetts.

Keine Konferenz mit den Deutschen?

Frankreich und die Rede Lloyd Georges.

Die Pariser Mütter fragen, ob angesichts der Erregung in Deutschland die Londoner Konferenz überhaupt stattfinden würde. „Aventur“ meint, falls Briands die Pariser Beschlüsse ablehne, behalte der Verfasser seinen Vertrag. Er würde dann die Entente und durch notwendige Maßnahmen die Erfüllung der Verpflichtungen, so habe sich Deutschland das selbst bezogen. „Ratin“ sagt, die Alliierten würden die deutschen Kundgebungen solchen Willens evtl. mit der Zurückziehung der Pariser Vereinbarungen beantwortet und Maßnahmen treffen, die der empfindlichen Verhinderung des Reiches gleich kämen.

„Temp“ meint, die Aussicht auf neue Verhandlungen und Verabreichung der Entschädigungssumme beunruhige Frankreich. Man dürfe aber Lloyd Georges Neuerungen sicher auf folgende Formeln bringen: Die deutschen Gegenvorschläge würden in London nur dann geprüft, wenn sie den Gläubigern mindestens die gleichen Vorteile bieten, wie die Beschlüsse vom 29. Januar.

Das Echo in England.

Die gesamte Londoner Presse stimmt Lloyd Georges Rede in Birmingham zu. „Observer“ schreibt, das ganze Land stehe hinter seiner Forderung. Die Deutschen müßten alles zahlen, was ohne Schaden für die europäische Gemeinshaft möglich sei. Größte Ziffern machten allerdings ihre Urheber zum Spott. Das Ziel der Reparation sei eine praktische, nicht eine theoretische Gerechtigkeit. Der letzte Reparationsplan, ebenso wie der Verfasser der Teile der amtierende Plan eines, seinen Ausführes, werde niemals als Wertung für das dienen, was beschaffen war.

Auch „Daily News“ bezeichnen die Pariser Ziffern als phantastisch. Der Betrag könne nur nach Deutschlands Leistungsfähigkeit festgelegt werden, die niemand auch nur für 2 Jahre im voraus beurteilen könne. „Morningpost“ ist Simons, die Ansichten der englischen Gegner der englischen Regierung nicht als maßgebend anzusehen. Keine einigler von diesen würde damit eine einzige Stimme im Unterhaus erhalten. Nach dem Verfasser Vertrag sei Deutschland berechtigt, Gegenvorschläge zu machen.

Nach 42 Jahre Wiedergutmachungskommission.

Paris, 8. Febr. (Ein. Drahtber.) Nach amtlicher Mitteilung beauftragte der Vorkriegsminister die Wiedergutmachungskommission mit dem Vorschlag von Artikel 9 des Verfallers Vertrages, die die Finanzierungsbestimmungen umfasse. Die Wiedergutmachungskommission wird damit 42 Jahre alt. Das bedeutet, daß sie noch in den letzten 42 Jahren weiterlebe.

Deutschland nimmt die Einladung nach London an.

Das Londoner Foreign Office gibt bekannt: Der deutsche Botschafter hat die britische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Londoner Konferenz annimmt. Die Konferenz wird am 1. März stattfinden.

Wie unser Berliner Vertreter von wohlinformierter Seite erzählt, haben die Vorbereitungen für die Londoner Konferenz innerhalb der deutschen Regierung vor ihrem Abschluß. Die Regierung wird den alliierten Regierungen im Laufe der Woche Gegenvorschläge über das Entschädigungsproblem einbringen. Im übrigen wird jedoch streng zu vermeiden, den abnehmenden Standpunkt in die Form der prinzipiellen Verweigerung der Anerkennung der Pariser Beschlüsse zu bringen.

Amerikanische Gegenvorschläge.

Washington, 8. Febr. Im Senat ist man bereit, sich über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und der Entente zu verständigen. Man hat daran fest, die 12prozentige Ausfuhrsteuer werde im wesentlichen von Amerika zu zahlen sein und dieses sei, nachdem es den Krieg für die Alliierten gewonnen habe, nicht gewillt, ihn noch zu bezahlen.

Der republikanische Senator Francey stellt den Antrag, den deutschen Schuldzinsen 15 Milliarden Dollar mit Zins und Zinseszins 25 Milliarden Dollar zu zahlen hätte. Die deutschen afrikanischen Kolonien und die Unterseeleitung sollen abgetreten werden, wobei Deutschland einen sofortigen Kredit von 5 Milliarden Gold-Dollar erhielt. Bei Erwerb der deutschen Weltbank verleiht Amerika ein Vorkredit, der vorstehenden 5 Milliarden Dollar sollen von der alliierten Schuld abgeschrieben werden.

Amerika sperrt den Alliierten den Kredit.

Washington, 7. Febr. Nach Erklärung des Vorsitzenden des Senats-Rechtsausschusses, Nelson, wies die Regierung das Schatzamt an, den alliierten Mächten keine weiteren Vorschläge auf ihren noch offenen Kredit zu geben, bis Sardinia die Krone der fremden Anleihen in Amerika entschieden habe.

Briands Stellung erfüllt?

London, 7. Febr. Diese politische Kreise meinen, das Kabinettsmitglied Briand werde mit einer größeren Opposition zu kämpfen haben, als man anfangs vermutet; vielleicht erkläre sich die Kammer mit den Pariser Beschlüssen nicht einverstanden, so daß Briand zurücktreten müsse. Dies bedeute für England einen wesentlichen Rückschritt, da von Briands Rückzug keine gemäßigtere Haltung zu erhoffen wäre. Laut „Observer“ müßten dann England und Frankreich eigene Wege gehen. Jedoch könnte die Aufstufung der Entente augenblicklich niemandem zugehen, höchstens die Ursache der Welt vergrößern.

„Temp“ wirft Briand vor, er habe nicht den Mut, das zurzeit einig Mächte zu sagen; daß die Generen von jedem Land mit allen Kräften errunen werden müßten. Auch Frankreich müsse das offen, wie es Mut akzeptiert hat. Deutschlands Haltung befinde vielleicht die ausländische Schuld, die nationale Bilanz müsse aber das eigene Volk befehlen. Das Pariser Vorkredit bringe nur die Gefahr des Zusammenbruchs, vor allen den Frankreich, das zum Opfer seiner Illusion bestimmt sei.

(Als die Knochenentwicklung soll um Gotteswillen nicht aufgegeben werden!)

Abweichende Stellung Bayerns.

In einer offiziellen Mitteilung der bairischen Korrespondenz Hoffmann heißt es: Der Berliner Ministerpräsidentenkonferenz u. a.: Das Wort des bairischen Ministerpräsidenten war durch den Beschluß des Ministerrats und der Koalitionsmittler dem letzten Freitag fehlgeschlagen. Da über diesen Vorfall keine Einigung erzielt wurde, wurde auf Montag eine neue Ministerratsitzung einberufen, die indessen wegen dienstlicher Abwesenheit eines Ministers auf Dienstag Vormittag verschoben werden mußte.

„Matthias, letzte Jurid!“

In einem Londoner Bericht des „Welt Journal“ ist folgende Bemerkung enthalten: Der einzige deutsche Politiker, der den Welt gebort hätte, die in den Pariser Beschlüssen verlangte Exportzölle zu verteidigen, sei Erzberger. Doch Erzberger wäre bei Bildung einer neuen Regierung nicht in Betracht. Er habe fest den Mut gehabt, für erneute Finanzlasten und erneute Verneuerung der Industrie einzutreten.

Eine deutsche Note gegen die Entwaffnung.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, wird das unwürdige Amt in den nächsten Tagen in einer Note an die Entente betonen, daß ein Teil der Entwaffnungsbedingungen bereits erfüllt ist, ein anderer Teil aber über

Ostpreußen und der Korridor.

Durch die Abtrennung Ostpreußens vom Reich ist die Provinz in ihren Verkehrsbeziehungen zu Deutschland in die Stellung einer Insel gebracht worden und daraus ergibt sich eine erhebliche Erschwörung und Verengung sowohl für den Personenverkehr wie für den Güterverkehr zwischen dem Reich und Ostpreußen. Die Provinz Ostpreußen ist durch ihre abgetrennte Lage zwar in allen Richtungen Mitträgerin der Kosten des Deutschen Reiches, kann dagegen an den Vorteilen der Zugehörigkeit zu einem großen geschlossenen nationalen und wirtschaftlichen Gebiete nur noch in beschränktem Umfange teilnehmen. Die Folge der augenblicklichen Verhältnisse ist die von landwirtschaftlicher Seite bereits öffentlich erörterte Verengung der Produktionsbedingungen und auf der anderen Seite die Erschwörung des Absatzes der ostpreussischen Produktion nach seinem früheren natürlichen Absatzgebiet im übrigen Deutschen Reich.

Eine Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die künftlich unterbrochenen Verkehrsbeziehungen zwischen dem Reich und Ostpreußen für die Dauer des Bestehens des polnischen Korridors ihren Erfolg finden. Ebenso wie das Reich nicht früheren Verhältnissen für den Personen- und Güterverkehr mit seinen überseeischen Kolonien gewisse Opfer durch die Einrichtung regelmäßiger Dampferverbindungen gebracht hat, um dadurch diese Glieder des Reichsgebietes näher an sich heranzuziehen, wird auch für Ostpreußen eine dichtere Seerichtung an das Reichsgebiet notwendig sein, die die Breite des polnischen Korridors das beste Mittel sein, den Stillstand der wirtschaftlichen Entwicklung und das Erkalten der künftlichen Beziehungen zum Reich zu verhindern.

Wenn das Reich sich dazu entschließt, neben den Dampferlinien zwischen Königsberg und Berlin, die naturgemäß nur einen geringen Teil des Verkehrs in sich aufnehmen können, die Frachtenunterstützung zwischen dem Reich und Ostpreußen um die Breite des polnischen Korridors zu kürzen, so würde dadurch der Personen- und Güterverkehr um die Kosten des Transports von Königsberg nach Marienburg verbilligt werden und hierdurch eine Annäherung der Produktionsbedingungen Ostpreußens an das Reich dergestalt eintreten, daß Ostpreußen selbständig wirtschaftlich gedeihen und das übrige Reichsgebiet angreifen würde. Die Kosten, welche für den Reiseweg von Personen und Gütern durch den Korridor entstehen, würden zu Lasten des Reiches zu gehen haben und könnten etwa in der Weise aufgehoben werden, daß auf den gesamten Personen- und Güterverkehr des Reiches ein sogenannter Ostpreußen-Eisenbahnzuschlag erhoben würde.

Da der Zeitungsvertrag des Weges durch den polnischen Korridor nur eine untergeordnete Rolle im Verhältnis zu den entscheidenden Gesichtspunkten spielt, so würde diese Maßregel den Erfolg haben, daß die künftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Reich und Ostpreußen in gleicher Weise wie vor dem Verlust des Korridors gepflegt werden könnten und somit die Entfremdung zwischen dem Reich und Ostpreußen vermieden wird, die eine Folge der räumlichen Trennung zwischen dem Reich und Ostpreußen werden könnte. Hunderttausende von Ostpreußen leben in den verschiedensten Teilen des Reiches, vor allem in dem industriellen Westen. Der Gedanke der Wiedergutmachung der durch die räumliche Trennung den ostpreussischen Beziehungen zugefügten Erschwörung dürfte daher in weiteren Kreisen des deutschen Volkes Verständnis und die Bereitwilligkeit zu gewinnen, durch seine erträglichsten Opfer finden. Es wird die Aufgabe der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften sein, rechtzeitig das hier angeschnittene Problem zu klären, und damit praxis wirksame Schritte für die schwergeprüfte und durch die Volksabstimmung des letzten Sommers in ihrem Deutschbewußtsein räumlich bewährte Provinz Ostpreußen zu tun.

Spann und den Friedensvertrag hinaus, während die künftigen Meinungsverschiedenheiten in einer bestimmten Ausprägung beseitigt werden könnten. Die deutsche Regierung habe alles getan, um der Entwaffnungspflicht nachzukommen.

Um die Einheitsfront.

Laut „Weltz. N. A.“ ist die Schlichtung bezüglich der Verhandlungen zur Vorbereitung der Regierungskommunikation augenblicklich so, daß neue schriftliche Vorschläge des deutschen Nationalen Führers Herr Dr. Stresemann an am Sonntag nicht eintreffen, da er in Washington nach Schleswig-Holstein gereist war. Heute wird die Stresemann nach seiner Rückkehr nach Berlin mit seinen Parteifreunden zu dem Briefe Vertrags Beitritt fassen. Der

